

A)

(C)

603. Sitzung

Bonn, den 7. September 1989

Beginn: 11.31 Uhr

(Zu Beginn spielt das ARCIS-Quintett die „Kleine Kammermusik für 5 Bläser, Opus 24/2“ von Paul Hindemith.)

Präsident Engholm: Herr Bundespräsident! Frau Bundestagspräsidentin! Herr Bundeskanzler! Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts! Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 603. Sitzung des Bundesrates.

Ich habe die große Ehre und auch die Freude, Sie alle als Repräsentanten der Verfassungsorgane heute im Plenarsaal des Bundesrates begrüßen zu dürfen. Sie sind der Einladung gefolgt, gemeinsam mit dem Bundesrat die **40. Wiederkehr** seiner ersten, **konstituierenden Sitzung** zu feiern und ihrer zu gedenken. Unter uns ist ein Mann der ersten Stunde, damals Kultusminister in Hessen, Herr Professor Dr. Erwin Stein. Ich begrüße ihn, stellvertretend für alle, sehr herzlich.

(Beifall)

Mein Gruß gilt auch all denen, die vor unserer Zeit dieses Haus „bestellt“ haben: Ministerpräsidenten, Regierende Bürgermeister, Minister, Senatoren, die zahlreich unter uns sind, und auch all den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in der Stille und selten sichtbar dazu beigetragen haben, daß die Arbeit in diesem Hause fruchtbar wurde.

Es freut mich, daß wir uns hier in dem Saal versammeln können, in dem das **Grundgesetz vor 40 Jahren verkündet** worden ist und der seither der Tagungsort des Bundesrates ist. In unserer an historisch-demokratischen Stätten noch armen Bundesrepublik ist das ein seltener Vorzug, den es zu bewahren gilt und den wir auch bei dem Neubau, der bevorsteht, bewahren wollen.

Der Geburtstag der Bundesrepublik ist der Geburtstag ihrer Verfassung und ihrer Verfassungsorgane. Die Feierlichkeiten aus diesem Anlaß haben uns in den letzten Monaten sehr reichlich **Gelegenheit zur Rückbesinnung** geboten, auch zum öffentlichen Nachdenken über unsere Geschichte und über uns selbst. Meines Erachtens ist es gut, daß keine dieser Feierlichkeiten zu einer Verklärungsveranstaltung geworden ist. Auch heute morgen haben wir das mit

Genugtuung und Freude zur Kenntnis genommen. Vielleicht ist es gerade das, was ein Baustein zu einem **Verfassungspatriotismus** in unserem Land werden kann.

Nicht zuletzt in dieser Hoffnung habe ich die bescheidene Gedenksitzung des Bundesrates einberufen; denn es lohnt sich, für unser Grundgesetz, die Grundrechte, die Institutionen einzutreten, und es lohnt sich, das Ganze auch mit einem Komponisten zu beginnen, der nicht immer zu Anfang gespielt wird, mit Hindemith — einer, der den Beginn einer neuen Zeit in der Musik mit markiert hat, so wie es der Bundesrat vor 40 Jahren mit dem Weg in die Zweite Republik tat.

(D)

Das Grundgesetz hat bestimmt, daß Bundestag und Bundesrat ihre Arbeit am gleichen Tag aufnehmen. Angesichts der legislativen Verbindung dieser beiden Häuser war das eine kluge Festlegung. Sie kommt auch in der Dramaturgie des heutigen Tages deutlich zum Ausdruck.

Ich erteile das Wort der Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Professor Dr. Süssmuth.

Präsidentin Prof. Dr. Süssmuth: Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Sehr geehrter Herr Präsident des Bundesrates! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrter Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute vor 40 Jahren traten der Bundesrat und der Deutsche Bundestag, und zwar in dieser Reihenfolge, zu ihren ersten Sitzungen zusammen. Und weil die Präsidentin des Deutschen Bundestages nicht eben häufig Gelegenheit hat, vor dem Bundesrat zu sprechen, nehme ich diese Feierstunde gerne zum Anlaß, dem Bundesrat für die offene, faire, partnerschaftliche und auch gutnachbarliche Zusammenarbeit in Vergangenheit und Gegenwart herzlich zu danken.

Ich verbinde damit die Hoffnung, daß dies auch in Zukunft so sein möge und daß der Bundesrat seine „Wirksamkeit“ auch weiterhin vor allem dann entfaltet — ich zitiere —, „wenn die Leidenschaften den Sinn für das Ganze zu gefährden drohen“, wie es sein erster Präsident, Karl Arnold, vor 40 Jahren treffend formuliert hat. Der vielgerühmte **besondere Stil der**

Präsidentin Prof. Dr. Süssmuth

- (A) **Verhandlungen des Bundesrates** scheint mir der sicherste Garant für diesen Wunsch zu sein.

Wenn ich die nachbarschaftliche Komponente unserer Beziehungen erwähne, so möchte ich meine Zukunftshoffnungen auch darauf erstrecken, daß das gute Einvernehmen, das wir in den schwierigen Fragen der **Planung der Parlamentsneubauten** immer wieder erzielt haben, auch weiterhin erhalten bleibe.

Die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes, das ohne die Initiative der Ministerpräsidenten nicht zustande gekommen wäre, haben gewußt, warum sie die Bundesländer durch den Bundesrat bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mitwirken ließen. Das ist mehr als in der Weimarer Zeit, deren Verfassung nur von der „Vertretung der deutschen Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs“ sprach.

Der Bundesrat hat sich dieser gestiegenen Verantwortung in der Vergangenheit stets gewachsen gezeigt. Mehr noch: Er leistet einen wichtigen **Beitrag zur Qualität der Bundesgesetzgebung**, indem die Länder ihre Erfahrungen aus dem Gesetzesvollzug einbringen. Es gibt Beweise dafür, wie wohlwollend dieser praxisbezogene Einfluß des Bundesrates auf die Gesetzgebung gewirkt hat — was nicht immer so ist.

(Heiterkeit)

- (B) Das wohldurchdachte und gut eingespielte Verfahren der Gesetzgebung lebt vom guten Zusammenspiel von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung. Obwohl dieses Verfahren eine Teilung und Begrenzung des Einflusses des einzelnen beteiligten Verfassungsorgans bedeutet, haben sich Bundestag und Bundesrat in diesen Fragen noch nie streitig vor dem Bundesverfassungsgericht gegenübergestellt.

Der Bundesrat ist zugleich Ausdruck des föderalistischen Staatsaufbaus der Bundesrepublik; er ist das Organ, durch das die Länder an der Politik des Bundes mitwirken. Durch die im Grundgesetz beschriebene Mitwirkung kommt dem **föderalistischen System** eine bedeutende **Integrationsaufgabe** nicht nur in geographisch-regionaler Hinsicht, sondern auch zwischen den verschiedenen politischen Kräften unseres Landes zu. Der Föderalismus gewährleistet nach aller Erfahrung dieser 40 Jahre, daß in der Bundesrepublik zu jedem Zeitpunkt alle politischen Kräfte Regierungstätigkeit ausüben. Über den Bundesrat sind also auch diejenigen Kräfte in die **politische Gesamtverantwortung** eingebunden, die im Bundestag die Rolle der Opposition wahrzunehmen haben.

Für die Politik bedeutet dies einen stabilisierenden Faktor auch personeller Kontinuität und eine fruchtbare Fluktuation zwischen den Regierungen und Parlamenten von Bund und Ländern. Die **Eigenständigkeit der Verfassungsorgane**, insbesondere von Bundestag und Bundesrat, hat darunter zu keinem Zeitpunkt gelitten.

Der damalige Alterspräsident des Bundesrates, der hamburgische Senator Johannes Büll, hat die erste Sitzung vor 40 Jahren unter das Schiller-Wort gestellt: „Das vollkommenste Kunstwerk ist der Bau der poli-

tischen Freiheit.“ Dies bleibt Auftrag aller Verfassungsorgane, den zu erfüllen wir uns nach Kräften bemühen müssen.

Vieles ist in den vergangenen 40 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland erreicht worden, so daß wir auch mit Stolz auf unser Teilbauwerk schauen dürfen. **Politische Freiheit** in ganz Deutschland **verwirklicht** zu sehen — das ist unsere Hoffnung. Mögen wir Heutigen, mögen auch Bundesrat und Bundestag ihrer Verantwortung für dieses Ganze gerecht werden.

(Beifall)

Präsident Engholm: Meine Damen und Herren! Heute vor 40 Jahren wurde Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Karl Arnold zum ersten Präsidenten dieses Hauses gewählt. Seine **Antrittsrede** vom 7. September 1949 war nicht von Gründerstolz, von Aufbruchseuphorie oder gar von grenzenlosem Optimismus bestimmt. Vier Jahre nach Ende des Krieges, nach der Befreiung vom Nationalsozialismus schien es ihm nach aller Erfahrung angemessener, **skeptisch** zu bleiben.

Das Land war geteilt, die Städte waren zerstört, Familien zerrissen, und das Ausmaß des ungeheuerlichen Verbrechens, das im deutschen Namen begangen wurde, wurde den Menschen erst nach und nach bewußt.

Nachkriegsdeutschland blieb, mit Heinrich Heine gesprochen, eine „bleiche Mutter“ oder, mit Gustav Heinemann: ein „schwierig“ Vaterland“. Hier lebten einst Goethe, Lessing und Einstein, aber dann die Hitler, Himmler und Heydrichs. Hier waren Aufklärung und Humanismus zu Hause, aber dann Rassenwahn und Holocaust.

Es fällt nicht leicht, sich heute noch einmal das widersprüchliche Bild des Jahres 1949 vor Augen zu führen. Wieviel schwerer muß es damals den Gründungsvätern und -müttern gefallen sein, sich auszumalen, wohin der Weg der neuen Bundesrepublik uns alle führen würde.

Nach 40 Jahren können wir feststellen: Die **Bonner Republik** hat sich als **stabil**, als **friedfertig** und **ökonomisch erfolgreich** erwiesen. Angesichts der finsternen Zeit, der die Deutschen entronnen sind, scheint mir dies allein unermesslich viel zu sein.

Was hat der Bundesrat dazu beigetragen? — Er stand und er steht nicht im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Seine Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundes ist sehr diskret, sehr selten spektakulär; der Begriff verbietet sich fast von selbst. Die Kammer der Landesregierungen taugt nicht zur fundamentalen Opposition. Und selbst als die Gesetzmehrheit im Bundesrat eine andere war als im Bundestag, blieb die deutsche Länderkammer unterm Strich bei den meisten Entscheidungen gleichwohl kooperativ.

Der Bundesrat ist das Gegenüber, das Alter ego des Bundestages. Häufiger, als er selbst agiert, reagiert er auf das, was Bundestag und Bundesregierung ihm vorlegen, korrigiert er Entwürfe. Seiner politischen Struktur nach ist er über vier Jahrzehnte im klassischen Sinne des Wortes konservativ geprägt gewesen, ein **stabilisierendes Bundesorgan** von unauffälliger,

Präsident Engholm

- 1) manchmal sehr deutlich „graumeliert“ Würde, gleichwohl **von hoher Effizienz**.

In seinem **Verhältnis zum Bundestag und zur Bundesregierung** hat der Bundesrat vier Phasen erlebt:

— zunächst die Phase der **Erkundung des politischen Spielraums** für das neue Verfassungsorgan. Bis 1953 hat sich unsere Länderkammer an der außenpolitischen Richtlinienkompetenz des damaligen Bundeskanzlers buchstäblich „abgearbeitet“. Und wie es damals häufig der Fall gewesen sein soll: Adenauer setzte sich durch;

— sodann von 1953 bis 1969 die **Zeit gleichgerichteter Mehrheiten** in Bundestag und Bundesrat. Es gab in jener Periode kaum nennenswerte Konflikte;

— hernach die Periode, die vom Kanzlerwechsel Kiesinger zu Brandt bis zur Wende von Schmidt zu Kohl reicht. Es war die große Zeit der **Vermittlungsausschüsse** von Bundestag und Bundesrat. 104mal tagte dieser Ausschuß allein zwischen 1972 und 1976. Die Bundestagsopposition — das ist festzuhalten — hat über ihre Mehrheit im Bundesrat in Bonn immer auch ein gutes Stück mitregiert;

— schließlich Phase vier, die mit dem Koalitionswechsel 1982 begann und andauert, zumindest bis 1990, eine Phase, in der zunehmend die **europäische Dimension der Politik** die Arbeit dieses Hauses bestimmt hat und uns damit vor die immer schwerer zu beantwortende Frage stellt: Welche Rolle werden künftig noch Bundesländer in dem zusammenwachsenden Europa spielen?

- 3) Die **Kanzler der Bundesrepublik** haben seit Ludwig Erhard alle ein erfolgreiches „Praktikum“ in diesem Hause abgelegt: Kurt-Georg Kiesinger, Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl sind, bevor sie Kanzler wurden, **Mitglied des Bundesrates** gewesen, Kiesinger und Brandt sogar als Präsidenten. Und wer weiß, was aus ihnen geworden wäre, wenn das „Praktikum“ in diesem Hause nicht mit Erfolg absolviert worden wäre?

(Heiterkeit)

Das Präsidentenamt im Bundesrat ist im übrigen jetzt zum sechsdreißigstenmal mit einem Mann besetzt. Noch nie hat eine Frau diesen Stuhl innegehabt.

Kein Bundesorgan ist — das muß man sagen — so patriarchalisch strukturiert wie der Bundesrat. Das muß sich ändern, und wenn man auf einige Bänke hier guckt, fängt es, wie man feststellt, auch langsam an, sich zu verändern. Da ich in meinem Land die Geschwindigkeit dieser Art von Veränderungsprozessen schon erlebt habe, weiß ich: Es wird auch hier weitergehen.

1989, meine Damen und Herren, ist ein Jahr der **staatstragenden Jahrestage**. Diese Tage bieten die Chance zur Selbstbesinnung und zur Ortsbestimmung. Wir gedenken der Opfer der beiden Weltkriege, die vor 75 und vor 50 Jahren in Europa begannen. Und wir feiern 1989: 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland, 70 Jahre Frauenwahlrecht, 200 Jahre Französische Revolution, 800 Jahre Hamburger Hafen, 2 000 Jahre Bonn. Wer Spaß daran hatte, feierte

den 240. Geburtstag von Goethe, einige andere den 60. von Habermas und viele den 20. von Steffi Graf.

(Heiterkeit)

Es gibt eine Inflation der geraden und gerade noch runden Jahrestage. Spötter wie der Journalist Ulrich Greiner sprechen gar von einer „kulturellen Nekrophilie“.

(Heiterkeit)

Zitat: „Das Dezimalsystem heiligt alles, was mit einer Null endet. Je mehr Nullen, desto besser!“

(Erneute Heiterkeit)

Was wollen wir würdigen, wenn dieses Jahr nun zu Ende geht und das neue beginnt? Welche Zahlenmagie verbindet uns 1990 mit der Geschichte? 1990 — das letzte Jahrzehnt vor dem Millennium, vor der **Jahrtausendwende** —, dann noch zehn Jahre, und die drei großen runden Nullen in der Zahl 2 000 werden die Gegenwart der Zukunft markieren.

Man sollte vielleicht nicht tausend Jahre zurückblicken; aber ein Wort sei darüber dennoch verschwendet: Am Ausgang des vorigen Jahrtausends, zwischen 990 und 999, erwarteten die Christen in Europa das Jüngste Gericht. Es war eine Zeit — ohne sie weiter ausmalen zu wollen — höchster Hysterie.

Geschichte wiederholt sich, wie wir alle hoffen oder wissen, zum Glück nicht. Dennoch steht zu befürchten, daß im letzten Dezennium dieses Jahrtausends der höhere Sinn, den wir ordnenden Zahlen zuzumessen gewohnt sind, uns von manchem gefragten oder ungefragten Sinngeber wieder gewissenhaft verkündet werden wird. Wir werden vermutlich im letzten Jahrzehnt die freie Auswahl zwischen Szenarien der **drohenden Apokalypse** auf der einen und eines blühenden, grandiosen, **unaufhaltsamen Fortschritts** auf der anderen Seite haben.

Wie auch immer in unserem „Fin de siècle“ das Lebensgefühl der Zeitgenossen vom Zeitgeist bestimmt wird, es bleibt die ernsthafte Frage: In welcher Geisteshaltung beenden wir Bundesdeutsche das zweite Jahrtausend? Die Republik ist gerade 40 geworden, sehr solide, mit vielen Anzeichen der Seriosität und, wie es sich für dieses Alter gehört, auch mit Anzeichen einer deutlichen Midlife-crisis.

So sehen es übrigens auch — vielleicht noch deutlicher als wir selbst — unsere Freunde im Ausland, die gelegentlich „L'Allemagne's“ oder „West Germany's Weltschmerz“ beklagen und dabei auch dieses Wort verwenden. Der britische „Economist“ titelt: „Wonderkind at 40 is a worry.“ Es ist ein Kreuz mit den Deutschen im Lebensalter von 40.

Nach der Midlife-crisis folgt das, was man milde-ironisch die „besten Jahre“ des Lebens nennt. Es sind unsere Jahre vor eben diesem Millennium. Zeit zu fragen: Was haben wir gelernt? Was bleibt an **politischen Erfahrungen**, was an **persönlichen Lebensmustern**? Wie gehen wir in die „besten Jahre“ hinein?

Ich will, aussparend, was Bundeskanzler Kohl und Willy Brandt eindrucksvoll zur jüngeren Geschichte und ihren Folgen kürzlich im Bundestag gesagt haben, drei Veränderungsprozesse benennen, die für

Präsident Engholm

- (A) mein Empfinden eng mit der Entwicklung der zweiten deutschen Republik verbunden sind.

Erstens die wachsende Bereitschaft zum Widerspruch, die **Emanzipation von Autoritäten**: Immer mehr Bürgerinnen und Bürger sind in keiner Weise bereit, sich alles „von oben her“, wie sie sagen, vorschreiben zu lassen, sich verplanen zu lassen. Sie gründen Bürgerinitiativen, sie demonstrieren, sie leisten Unterschriften, sie organisieren soziale Hilfen, initiieren kulturelle Aktivitäten. Die Vielfalt dieser Aktivitäten bei uns im Volke ist riesengroß.

Diese unzweifelhaft demokratische, für eine zu stark auf Repräsentation bedachte Demokratie allerdings nicht immer angenehme Gesinnung – nicht zuletzt ein Verdienst der späten und unruhigen 60er und frühen 70er Jahre – ist die eine, wie ich meine, erfreuliche Seite der Medaille, deren andere Peter Sloterdijk zu Recht spöttisch beschreibt. Er sagt, wir seien ein „Volk der Interessenvertreter“ geworden. Und tatsächlich: Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland mehrere tausend bundesweit operierende Vereinigungen, Verbände, Arbeitskreise – große und kleine Lobbies. Man muß sagen: je kleiner, desto mehr das Allgemeinwohl reklamierend.

Mir scheint, Politik leidet darunter, im Einerseits-Andererseits der Partikularinteressen immobil zu werden. Für wirkliche Erneuerung, für Innovation im alten Sinne des Wortes, brauchen wir wieder mehr Mut zum Risiko, auch mehr Sinn für und die Fähigkeit zum prospektiven Konsens.

- (B) Zweitens die **Skepsis gegenüber dem ökonomisch-technischen Fortschritt**: Die Zeit der blinden Fortschrittsgläubigkeit, die wir alle in diesem Hause erlebt haben, ist vorbei. Lange schon drängen die ungeplanten Folgen des technischen Zivilisationsprozesses ins allgemeine öffentliche Bewußtsein. Auf der Landkarte der Umweltkatastrophen gibt es nicht mehr sehr viele weiße Flecken: Da liegt ein großes Seveso neben einem kleinen anderen, da liegt ein Bophal neben Three-Mile-Island; Tschernobyl und der tropische Regenwald sind gleich nebenan. Verschmutzte Meere und gedopte Kälber runden das Bild ab.

Wir haben gelernt, daß, um das Überleben zu sichern, unsere Industriegesellschaft umgebaut werden muß. Wir reden heute alle von „sanfter Technik“; wir reden von einer „ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“. Allein: Dem gewachsenen Bewußtsein folgt die Praxis immer noch sehr zögerlich, auch die Praxis der Politik.

Drittens die **Individualisierung** unserer Gesellschaft: Ich weiß nicht, ob das eine Errungenschaft oder ein neues Übel unserer Zeit ist; jedenfalls beobachten wir den rasantesten Individualisierungsschub in unserer Geschichte. Nur noch etwa ein Drittel aller Haushalte in unserem Lande soll aus mehr als zwei Personen bestehen. Immer mehr Menschen leben solo.

Nach Sippe, Großfamilie, Kleinfamilie, Kernfamilie, Restfamilie befinden wir uns heute, etwas übertrieben gesagt, auf dem Wege zu einer **Single-Gesellschaft**, zu einer Gesellschaft, die Sozialität und Solidarität nicht mehr notwendig im kleinen, sozusagen im privaten Bereich erlebt und vermitteln lernt. Mit den

Angelegenheiten der Polis, also der Politik, die wir betreiben, will der Privatier oder will die Individualistin nicht viel zu tun haben. Der auf sich selbst Bezogene, der Narziß, ist eines der großen Leitbilder unserer Zeit geworden.

Das sind aus meiner Sicht – man muß sie nicht teilen – drei große **Veränderungsschübe**, die sich in den letzten 40 Jahren durchgesetzt haben, die für das Klima unserer Republik prägend geworden sind. Wir sind politisch emanzipierter, wir sind sensibler gegenüber der technischen Umweltzerstörung, wir sind individuell unabhängiger als frühere Generationen.

Was nützen uns diese Eigenschaften? Garantieren sie uns Fortschritt auf dem Weg ins dritte Jahrtausend? Wird alles besser, wenn es so weitergeht wie bisher?

Ich meine, wir müssen unsere Fähigkeit, gemeinsam Probleme zu lösen, weiterentwickeln, statt hinter Gruppenbarrieren und Denkbarrikaden Fahnen zu schwenken, was leicht ist. Wir müssen mutig und mit nüchterner Leidenschaft **Ziele setzen**, etwa Ziele, die wir in der Bundesrepublik bis zum Jahre 2000 erreichen wollen.

Die Demokratie der partikularen Interessenvertretungen wird nicht ausreichen, wenn es darum geht, **Umweltschäden** im großen Stil der letzten hundert Jahre zu **sanieren** – die „Altlasten“, die zu Lande, zu Wasser und in der Luft als Zeitbomben deponiert sind. Deshalb: Lassen Sie uns ein Ziel setzen! Wir brauchen einen Konsens, keine neuen Lobbies. Lassen Sie uns konkret versuchen, bis zum Jahre 2000 alle Gewässer, Flüsse, Seen und Meere in der Bundesrepublik, die bisher chemisch rein und klinisch tot sind, von ihrer giftigen Last zu befreien!

Lassen Sie uns – zweitens – die Skepsis gegenüber dem ökonomisch-technischen Fortschritt ins Positive wenden! Intelligenter Fortschritt heißt, für die gleiche oder auch für eine steigende Lebensqualität immer **weniger Ressourcen zu verbrauchen**. Wir müßten uns darauf einigen können, von der Verschwendungsgesellschaft wegzukommen.

Warum nehmen wir uns nicht vor, bis zum Jahre 2000 den **Energieverbrauch** um bis zu 25 % und den überflüssigen **Verpackungsmüll** auf 25 % des heutigen Volumens zu **senken**?

Ein drittes Ziel ist eine **neue mitmenschliche Solidarität** in unserer Gesellschaft. Der Journalist Matthias Horx schreibt, in den 60er und 70er Jahren seien so viele individuelle Lebensstile ausprobiert worden, so viele alternative soziale Milieus entstanden, daß nun immer mehr Menschen ihr individuelles „Lebensdesign“ wirklich frei wählen könnten. Ich glaube, das ist in weitem Maße richtig beschrieben.

Aber wir sind nicht nur dafür verantwortlich, wie wir selber leben, sondern auch für die Lebensqualität und die Umstände des Lebens unserer Mitmenschen. Gerade weil der Zug in die Individualisierung abgefahren ist, müssen wir für neue solidarische Netze Zeichen setzen, damit etwa Menschen im Alter nicht vereinsamen, damit sich Junge und Alte nicht in eigenen Milieus voneinander entfremden, sondern sich be-

Präsident Engholm

- (A) gegen, damit Hilfsbereitschaft und Hilfebedürftigkeit dort zusammenkommen, wo es nötig ist.

Bei aller Berechtigung und Notwendigkeit von **Selbstverwirklichung** und **Selbstbestimmung**: Es gibt in unserem Leben mehr zu verwirklichen als nur uns selbst. Der Soziologe Norbert Elias schreibt:

Daß der Sinn all dessen, was ein Mensch tut, in dem liegt, was er für andere bedeutet, und zwar nicht nur für die Gegenwärtigen, sondern auch für die Kommenden, also seine Abhängigkeit von dem Fortgang der menschlichen Gesellschaft durch die Generationen hin, gehört sicherlich zu den fundamentalen Abhängigkeiten der Menschen voneinander.

Ich denke, wir sollten versuchen, ein solches neues **Bewußtsein von Solidarität** über das Jahr 2000 hinaus zu fördern und zu pflegen. Wir könnten es uns im übrigen auch leisten.

Als Karl Arnold vor genau 40 Jahren an dieser Stelle zum Präsidenten des Bundesrates gewählt wurde, waren die Mittel, die zur Verfügung standen, gering.

Heute sind die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, gewaltig, die Aufgaben allerdings auch nicht klein. Aber allzusehr bleiben wir immer noch Gefangene der Gegenwart. Zu selten sind wir neugierig, zu sehr belächeln wir mutige Ziele, und zu sehr wird bei uns die Fähigkeit zum Visionären, zur Utopie immer noch verachtet. Zu sehr ist Zukunft für uns immer noch eine Art prolongierter Gegenwart.

- (B) 40 Jahre Bundesrepublik haben gezeigt, daß sich die **Zukunft demokratisch gestalten** läßt. Wir müssen auch heute immer wieder Einigkeit darüber herstellen, welches die wichtigsten Aufgaben sind, vor de-

nen wir stehen. Einige von ihnen habe ich aus meiner (C) persönlichen Sicht zu skizzieren versucht. Fürchten wir nicht, wie Frau Professor Süßmuth es heute gesagt hat, die Anstrengungen, die dabei vor uns liegen! Setzen wir uns Ziele! Nutzen wir die großen Möglichkeiten, die wir nach vier Jahrzehnten demokratischer Entwicklung haben!

Mehr als bisher sollte dabei der Bundesrat selber aktiv werden, statt nur oder im wesentlichen auf Initiativen von Bundesregierung und Bundestag zu reagieren. Hier im Bundesrat herrscht ein Klima, in dem **Einigkeit auch über weitreichende Ziele** gedeihen könnte. Wir haben dafür Beispiele in der Vergangenheit. Vielleicht haben wir sogar mehr als im Deutschen Bundestag. Einigkeit meint nicht den opportunistischen Formelkompromiß, meint nicht einen Kompromiß um der Harmonie willen. Worum es jetzt und in der Zukunft zu gehen hat, sind ausdiskutierte qualitative Konsense auf einem jeweils höheren Niveau, die uns fähig machen zum Handeln, zum Erreichen weit und mutig gesteckter Ziele.

(Beifall)

(Das ARCIS-Quintett spielt das „Andante F-Dur“, Köchelverzeichnis 616, von Wolfgang Amadeus Mozart, in der Bearbeitung von R. Schottstädt.)

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne.)

(D)

Präsident Engholm: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß: 12.23 Uhr)

Feststellung gemäß § 34 der Geschäftsordnung

Einsprüche gegen den Bericht über die 602. Sitzung sind nicht eingelegt worden. Damit gilt der Bericht gemäß § 34 der Geschäftsordnung als genehmigt.

BUNDESRAT

Stenographischer Bericht

603. Sitzung

Bonn, Donnerstag, den 7. September 1989

Inhalt:

Einzigster Punkt der Tagesordnung

Erinnerung an die erste Sitzung des Bundesrates am 7. September 1949

Eröffnungsworte des Präsidenten 313 A

Ansprachen anlässlich des vierzigjährigen Bestehens des Bundesrates

Prof. Dr. Süßmuth, Präsidentin des Deutschen Bundestages 313 D

Präsident Engholm 314 C

Verzeichnis der Anwesenden**Vorsitz:**

Präsident Engholm, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein

Schriftführer:

Dr. Krumsiek (Nordrhein-Westfalen)

Baden-Württemberg:

Dr. h. c. Späth, Ministerpräsident

Dr. Eyrich, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Prof. Dr. Engler, Minister für Wissenschaft und Kunst

Wabro, Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg beim Bund

Bayern:

Dr. Freiherr von Waldenfels, Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Bevollmächtigter des Freistaates Bayern beim Bund

Sauter, Staatssekretär im Staatsministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

Berlin:

Momper, Regierender Bürgermeister

Prof. Dr. Pfarr, Senatorin für Bundesangelegenheiten, Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund

Dr. Meisner, Senator für Finanzen

Bremen:

Dr. Rüdiger, Senatorin für Gesundheit und Senatorin für Bundesangelegenheiten, Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund

Grobecker, Senator für Finanzen

Kröning, Senator für Justiz und Verfassung, Senator für Sport

Hamburg:

Gobrecht, Senator, Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund

Prof. Dr. Krupp, Senator, Finanzbehörde

Hessen:

Dr. Wallmann, Ministerpräsident

Dr. Gerhardt, Minister für Wissenschaft und Kunst, Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund

Milde, Minister des Innern

Niedersachsen:

Dr. Albrecht, Ministerpräsident

Jürgens, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Bevollmächtigter des Landes Niedersachsen beim Bund

Nordrhein-Westfalen:

Dr. h. c. Rau, Ministerpräsident

Einert, Minister für Bundesangelegenheiten, Bevollmächtigter des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Dr. Krumsiek, Justizminister

Schwier, Kultusminister

Schleußer, Finanzminister

Rheinland-Pfalz:

Dr. Wagner, Ministerpräsident

Martin, Minister für Bundesangelegenheiten, Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund

Geil, Minister des Innern und für Sport

Saarland:

Lafontaine, Ministerpräsident

Dr. Walter, Minister der Justiz

Dr. Hahn, Minister für Bundesangelegenheiten und besondere Aufgaben, Bevollmächtigter des Saarlandes beim Bund

Schleswig-Holstein:

Tidick, Ministerin für Bundesangelegenheiten,
Bevollmächtigte des Landes Schleswig-Hol-
stein beim Bund

Simonis, Finanzministerin

Prof. Dr. Bull, Innenminister

Hasselfeldt, Bundesministerin für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau

Dr. Wilms, Bundesministerin für innerdeutsche
Beziehungen

Dr. Riesenhuber, Bundesminister für Forschung
und Technologie

Dr. Warnke, Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit

Von der Bundesregierung:

Dr. Kohl, Bundeskanzler

Dr. Schäuble, Bundesminister des Innern

Engelhard, Bundesminister der Justiz

Dr. Waigel, Bundesminister der Finanzen

Dr. Haussmann, Bundesminister für Wirtschaft

Kiechle, Bundesminister für Ernährung, Land-
wirtschaft und Forsten

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Verteidi-
gung

Prof. Dr. Lehr, Bundesministerin für Jugend, Fa-
milie, Frauen und Gesundheit

Dr. Zimmermann, Bundesminister für Verkehr

Dr. Schwarz-Schilling, Bundesminister für Post
und Telekommunikation

Dr. Stavenhagen, Staatsminister beim Bundes-
kanzler

Schäfer, Staatsminister im Auswärtigen Amt

Dr. Waffenschmidt, Parl. Staatssekretär beim
Bundesminister des Innern

Seehofer, Parl. Staatssekretär beim Bundesmini-
ster für Arbeit und Sozialordnung

Dr. Henning, Parl. Staatssekretär beim Bundes-
minister für innerdeutsche Beziehungen

Dr. Probst, Parl. Staatssekretär beim Bundesmini-
ster für Forschung und Technologie

Dr. Lammert, Parl. Staatssekretär beim Bundes-
minister für Bildung und Wissenschaft

Gröbl, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicher-
heit

Dr. Ziller, Staatssekretär im Bundesministerium
für Forschung und Technologie